A12 Neu-Ä1

Antrag

Initiator*innen: LAG Mobilität und Verkehr (dort beschlossen am: 05.03.2025)

Titel: **Echter Norden, echte Sicherheit – Vision Zero für Schleswig-Holstein!**

Antragstext

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein setzen sich entschlossen für eine umfassende Verkehrssicherheit ein. Unser Ziel ist es, dass sich alle Menschen sicher und barrierefrei von A nach B bewegen können. Die *Vision Zero* – die Vorstellung eines Straßenverkehrs ohne Tote und Schwerverletzte – ist dabei unsere zentrale Leitlinie. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir gesellschaftliche Barrieren abbauen, fehlerverzeihende Infrastruktur schaffen sowie Angsträume im öffentlichen Raum gezielt beseitigen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein fordern daher die Erarbeitung eines Verkehrssicherheitsprogramms für Schleswig-Holstein, das einen ausgewogenen Mix aus Infrastrukturmaßnahmen, Sensibilisierung, Weiterbildung und Prävention umfasst, um die Verkehrssicherheit im Land maßgeblich zu verbessern.

Folgende Punkte sollen Teil dieses Programms werden:

1. Errichtung fehlerverzeihender Infrastruktur:

Fehlerverzeihende Infrastruktur ist so gestaltet, dass sie die Folgen menschlicher Fehler abmildert, anstatt sie zu bestrafen. Dazu gehören baulich getrennte und farblich markierte, ausreichend breite Radwege, die Radfahrer*innen die nötige Sicherheit vor dem Autoverkehr bieten. Auch angepasste Geschwindigkeitsbegrenzungen tragen dazu bei, die Folgen von Fehlern zu minimieren. Die neuen Möglichkeiten der StVO sollen daher aktiv an die kommunalen Verkehrsbehörden herangetragen werden, um ihre Umsetzung zu beschleunigen. Straßen in der Zuständigkeit des Landes sollen ebenfalls im Hinblick auf dieses Ziel schrittweise verbessert werden. Eine enge Abstimmung

zwischen Kommunen und Land ist hierfür unerlässlich.

2. Barrierefreie Infrastruktur

Barrierefreie Infrastruktur ist eine essentielle Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben und ein zentraler Bestandteil der *Vision Zero*. Fehlende Barrierefreiheit stellt zudem ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, Senioren und Familien mit Kindern. Deshalb soll das Verkehrssicherheitsprogramm einen Schwerpunkt auf den barrierefreien Ausbau von Haltestellen, abgesenkten Bordsteinen und sicheren Überquerungsmöglichkeiten legen.

3. Technische Ausrüstung ungesicherter Bahnübergänge:

Bahnübergänge, die bereits durch Unfälle aufgefallen sind oder aufgrund eingeschränkter Sicht besonders gefährlich sind, müssen dringend gesichert werden. Eine bessere technische Ausstattung dieser Übergänge erhöht nicht nur die Sicherheit für den Straßenverkehr, sondern ermöglicht auch einen flüssigeren und risikofreieren Zugverkehr. Das geplante Verkehrssicherheitsprogramm soll daher eine Priorisierung der risikoreichsten Bahnübergänge enthalten, um diese schrittweise sicherer zu gestalten oder vollständig abzubauen.

4. Schulungs- und Präventionsmaßnahmen stärker auf Unfallverursacher*innen ausrichten

Bisherige Schulungs- und Präventionsangebote richten sich häufig an vulnerable Gruppen, zum Beispiel Kinder oder Radfahrer*innen. Um die Zahl der Verkehrsunfälle effektiv zu reduzieren, muss der Fokus von Schulungs- und Präventionsmaßnahmen verstärkt auf die Hauptverursacher von Unfällen gelegt werden. Dies umfasst gezielte Schulungen für Autofahrer*innen, alkoholisierte Verkehrsteilnehmende sowie Nutzer*innen von E-Scootern und E-Bikes/S-Pedelecs. Zudem braucht es differenzierte Angebote für verschiedene Altersgruppen, insbesondere für ältere Menschen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich regelmäßig über Neuerungen im Straßenverkehrsrecht zu informieren.

5. Fokus auf besonders vulnerable Gruppen

Kinder und Jugendliche müssen besonders geschützt werden. Deshalb sollen Schulstraßen sowie Schulwegekonzepte in den Kommunen gefördert und Beratungsangebote für deren Einrichtung ausgebaut werden. In den Radwegeförderprogrammen des Landes soll ein Schwerpunkt auf sichere Schulwege gelegt werden. Projekte zur Mobilitätsbildung sind ein wichtiger Bestandteil der

Sicherheit für Schüler*innen und sollen deshalb ausgebaut werden. Darüber hinaus gilt es, die Risiken des ruhenden Verkehrs, für Radfahrende und insbesondere Schulkinder, zu minimieren. Ein sensibles Parkraummanagement sowie Maßnahmen zur Reduzierung von Elterntaxis sind hierfür unerlässlich.

6. Sicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln

Die Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr ist ein zentraler Baustein für eine nachhaltige und sozial gerechte Mobilität. Um Angsträume an Haltestellen und Umsteigeorten abzubauen, sollen diese besser beleuchtet und ansprechend gestaltet werden. Bei Ausschreibungen soll zudem auf ausreichendes Sicherheitspersonal geachtet werden. Wir unterstützen das Waffen- und Messerverbot im ÖPNV und fordern regelmäßige Kontrollen zur Sicherstellung der Einhaltung. Busfahrer*innen sollen Sicherheitsschulungen erhalten, um in kritischen Situationen besser reagieren zu können.

Neben diesem Maßnahmen für Schleswig-Holstein wollen wir uns zudem auf Bundesebene für ein Tempolimit auf Autobahnen einsetzen, das nachweislich viele Unfälle und Verkehrstode verhindern würde.

Antrag in leichter oder einfacher Sprache

Mehr Sicherheit im Verkehr in Schleswig-Holstein

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein möchten den Verkehr in Schleswig-Holstein sicherer machen. Unser Ziel ist, dass sich alle Menschen sicher und ohne Hindernisse bewegen können. Dabei ist es uns wichtig, dass es keine Todesfälle und Schwerverletzten mehr im Straßenverkehr gibt. Das nennen wir die "Vision Zero".

Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir Hindernisse abbauen, sichere Straßen und Wege bauen und Orte, an denen sich Menschen unsicher fühlen, sicherer machen. Dafür fordern wir ein Programm zur Verkehrssicherheit in Schleswig-Holstein. Dieses Programm soll aus verschiedenen Maßnahmen bestehen: bessere Straßen und Wege, mehr Aufklärung, Schulungen und Vorbeugung von Unfällen.

Folgende Punkte sollen Teil des Programms sein:

1. Sichere Straßen und Wege bauen

- Straßen und Wege sollen so gebaut werden, dass Fehler von Menschen nicht sofort zu Unfällen führen.
- Dazu gehören getrennte und gut sichtbare Radwege, die breit genug sind.

- Außerdem sollen Geschwindigkeitsbegrenzungen besser angepasst werden.
- Städte und Gemeinden sollen schnell die Möglichkeit bekommen, diese Maßnahmen umzusetzen.

2. Barrierefreie Straßen und Wege

- Damit alle Menschen am Verkehr teilnehmen können, müssen Wege barrierefrei sein.
- Besonders Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen und Familien mit Kindern sollen sicher unterwegs sein können.
- Haltestellen, Bordsteine und Überwege müssen so gestaltet sein, dass sie für alle zugänglich und sicher sind.

3. Sicherere Bahnübergänge

- Bahnübergänge, an denen es schon Unfälle gab oder die besonders gefährlich sind, müssen sicherer gemacht werden.
- Sie sollen besser ausgestattet werden, damit es weniger Unfälle gibt.
- Besonders gefährliche Bahnübergänge sollen zuerst verbessert oder ganz abgebaut werden.

4. Schulungen für Unfallverursacher

- Bisher gibt es viele Schulungen für Kinder oder Radfahrer.
- In Zukunft sollen auch die Hauptverursacher von Unfällen besser geschult werden.
- Das betrifft Autofahrer, Menschen, die betrunken fahren, und Nutzer von E-Scootern und E-Bikes.
- Auch ältere Menschen sollen regelmäßig über neue Verkehrsregeln informiert werden.

5. Besondere Sicherheit für Kinder und Jugendliche

- Kinder und Jugendliche brauchen besonderen Schutz im Verkehr.
- Schulwege sollen sicherer gemacht werden. Dazu gehören spezielle Straßen für Schulen und sichere Radwege.
- Projekte, die Kindern das richtige Verhalten im Verkehr beibringen, sollen unterstützt werden.

- Außerdem sollen Eltern ermutigt werden, ihre Kinder nicht direkt vor der Schule mit dem Auto abzusetzen, um das Chaos vor Schulen zu verringern.

6. Sicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln

- Busse und Bahnen sollen sicherer werden.
- Haltestellen sollen besser beleuchtet und freundlicher gestaltet werden.
- Bei Ausschreibungen für den Nahverkehr soll auf genug Sicherheitspersonal geachtet werden.
- Wir unterstützen ein Verbot von Waffen und Messern im Nahverkehr und fordern regelmäßige Kontrollen.
- Busfahrer sollen Schulungen bekommen, damit sie in gefährlichen Situationen besser handeln können.

Zusammenfassung:
Wir wollen die Straßen in Schleswig-Holstein sicherer machen, damit niemand mehr im Verkehr verletzt oder getötet wird. Dazu brauchen wir bessere Straßen, mehr Schulungen und eine bessere Ausstattung von gefährlichen Stellen. Besonders wichtig ist uns, dass alle Menschen ohne Hindernisse am Verkehr teilnehmen können.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Florian Juhl (KV Pinneberg), Ben Lüdke (KV Steinburg), Nelly Waldeck (KV Kiel), Birgit Asmus-Mrozek (KV Steinburg), Thomas Lembke (KV Segeberg), Martina Leverenz (KV Segeberg), Harry Behrens (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein), Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn), Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg), Luca Brunsch (KV Kiel), Dietmar Gosch (KV Stormarn), Mathias Schmitz (KV Pinneberg), Peer Lessing (KV Pinneberg), Aksel Leimbach (KV Stormarn), Oliver Lorentzen (KV Pinneberg), Oliver Opel (KV Dithmarschen)